

Die für Habsburg-Net am 27. Juli 2000 vom Herausgeber der „Kritischen Blaetter...“ verfasste „Besprechung“ der von Peter Haslinger dort gelieferten Besprechung von Harald Roth, von „Politische Strukturen und Strömungen bei den Siebenbürger Sachsen 1919-1933“, die ohne Nennung der Gründe nicht veröffentlicht wurde
[vgl. [Harald Roths Meisterwerk](#)]

Peter Haslingers Besprechung von „Politische Strukturen und Strömungen bei den Siebenbürger Sachsen 1919-1933“ von Harald Roth (1994) ist deshalb zu begrüßen, weil sie die Diskussion um dieses Buch internationalisiert. Allerdings hätte das viel früher geschehen sollen. Neben den sonst sachgerechten Bemerkungen Haslingers gibt es aber auch manchen Punkt, der nicht unwidersprochen stehen gelassen werden kann.

So ist Haslingers Feststellung, Roths Text bringe eine "sorgfältige Auslegung der Fakten, wobei er jede Art der Einseitigkeit erfolgreich vermeidet" ([...] his main points are based on a careful interpretation of facts, refraining quite successfully from any one-sidedness.[...]) nur bedingt nachzuvollziehen, weil dieser Text in konstanter Art und Weise versucht, die extrem-völkischen Ansätze der frühen 20er Jahre bei den Siebenbürgen-Sachsen zu verneinen und erst ab 1932 gelten zu lassen.

Haslinger lässt Roths Einschätzung der siebenbürg.-sächsischen innenpolitischen Verhältnisse voll gelten. Damit verbaut er sich den Zugang zu einer weiteren, nicht lobenswerten Konstante von „Politische Strömungen und Strukturen...“: Die Ausführungen des Buches bauen nämlich auf die drei, sozusagen als „kritisches Programm“ von den siebenbürgisch-sächsischen Nationalsozialisten den konservativen Kräften wiederholt vorgeworfenen Punkte auf:

- 1) die Initiative zum aufrichtigen politischen Dialog sei immer von der politischen Rechten gekommen, der sich die Bürgerlich-Konservativen systematisch verweigert haben sollen;
- 2) die politischen und persönlichen Auseinandersetzungen seien ausschließlich auf einen Generationenkonflikt zurückzuführen;
- 3) die Rechten hätten sich aufrichtig für einen Demokratisierungsprozess der repräsentativen Organe (des Volksrates, der Orts- und Kreisausschüsse) eingesetzt, wogegen sich die Bürgerlichen wiederum blind gestellt haben sollen.

Die klaren Nachteile einer Vorgehensweise, die die politischen Geschehnisse und Entwicklungen, den Werdegang von Einzelpersonlichkeiten, politischen Gruppierungen und der Minderheit von der Sicht- und Argumentationsweise einer damaligen politischen Splittergruppe abhängig macht, manifestieren sich zunächst darin, dass Diskussionsbrennpunkte entstehen, die kaum etwas mit der historischen Tatsachelichkeit gemein haben, ja voll daneben zielen. So nimmt auch Peter Haslingers zumindest kuriose Feststellung nicht Wunder: "Er [Roth] begründet seine These vornehmlich durch das Paradox, daß die Demokratisierung der Strukturen ein Nebenprodukt des programmatischen Abdriftens in Richtung nationalsozialistischer Ideologie war" (He supports his theses first of all by referring to a paradox: that structural democratization was a by-product of a programmatic shift towards National Socialist ideology).

Bezüglich der Demokratisierung der repräsentativen Organe (Volksrat, Kreisausschüsse) und des Wahlsystems (die Nationalsozialisten forderten das Listenwahlrecht

ein) ist zu bemerken, dass die Erneuerung dieser Institutionen sicherlich wuensenswert war, aber nicht zu den Konditionen, die eine rechtsextreme Gruppe diktieren wollte. Es ist dokumentarisch belegt, dass die Buergerlich-Konservativen sich des Risikofaktors voll bewusst waren, den die Nationalsozialisten, die zunaechst in der NSDR (Nationalsozialistische Selbsthilfe der Deutschen in Rumaenien), dann in der NEDR (Nationale Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien) organisiert waren, fuer die bisher gefuehrte Absicherungspolitik der Minderheit gegenueber den Uebergriffen der jeweiligen rumaenischen Regierungen darstellten. Das staendige Draengen der Nationalsozialisten nach „Demokratisierung“ erweist sich auch im Zusammenhang der Verabschiedung des neuen Volksprogramms im Herbst 1933 und der Neubesetzung des Volksrates, wo sie einen guten Teil der Sitze bekamen und auch den Volksratspraesidenten in der Person von Otto Fritz Jickeli stellten, als Vorwand einer ausschliesslich auf die Eroberung der absoluten politischen Macht ausgerichteten Partei. Denn sie missbrauchten zunaechst die eroberten Positionen, indem sie, obwohl noch nicht der Mehrheit inne, die konservativen Volksratsmitglieder durch inquisitorische Schikanen in die Enge zu treiben versuchten und unter Einsatz ihres Volksratsvorsitzenden sich weitere politische Vorteile zu verschaffen suchten, ganz im Widerspruch zu dem von ihnen heiss ersehnten, befuerworteten und angenommenen Volksprogramm.

Weil der Verfasser von Politische Strukturen und Stroemungen... in keiner Weise an der Aufrichtigkeit des Rufs nach Demokratisierung seitens der siebenbg-saechsischen Nationalsozialisten Zweifel anmeldet, ist es nicht verwunderlich, dass er erst in einer schlussfolgernden Aussage den Widerspruch feststellt, der eine Thematisierung verdient haette: "Es mag paradox erscheinen, daß dadurch [durch die Einbeziehung von Richtlinien für die "innere Lebensgestaltung" des sächsischen Volkes und von Maßnahmen zur Demokratisierung der Volksorganisation in ein zu verabschiedendes "Volksprogramm"], einerseits nationalsozialistische ideologische Elemente ins Grundsatzprogramm [der NSDR] aufgenommen wurden, andererseits dieser Ideologie widersprechende demokratische Strukturen aufgebaut werden sollten".

Bezueglich der rechtsextremen Ansatzze der "Selbsthilfe", die ihre Grundsaeetze von der reichsdeutschen "Landvolkbewegung" und von der grenzrevisionistischen "Grenzlandbewegung" ableitete, vermissen wir den Hinweis, daß hier auch undemokratische Ziele mitschwangen. Roth greift hingegen ein weiteres Vorwurfsmoment auf, das die siebenbg.-saechsischen Nationalsozialisten den angeprangerten bürgerlichen Volksführern systematisch an den Kopf warfen: die angeblich "patriarchalischen Führungsmethoden".

Mit keinem Wort kommt in Politische Strukturen und Stroemungen... die totalitaere Veranlagung der "Selbsthilfe", dann der NEDR zur Sprache. Diese aeussert sich auf zwei Ebenen: im zunaechst voelkischen, dann typisch nationalsozialistischen Vokabular und dann vor allem im Fuehrerprinzip, in der Rassenideologie und im Mythos des „Volkes ohne Raum“.

Im Unterkapitel 4.4. „Soziale Strömungen“ fallen auf S. 106 die Begriffe "Land- und Heimstättenhungrige", die sich die „Selbsthilfe“ zueigen machte. Dass die Selbsthilfe zunächst eine Sparkasse war, spricht ueberhaupt nicht dagegen, sondern eher dafuer, dass es sich um eine ausgezeichnete Tarnung für politische Zweckmäßigkeiten handelte. Roth hebt auch nicht hervor, dass die Grundsätze und Aktivitäten der "Selbsthilfe" eine Abkupferung der Landvolkbewegung im Deutschn Reich waren. Er meint stattdessen: "Das allein hatte noch nichts Politisches an sich,

genausowenig wie die Hakenkreuze an der Kopfleiste des Selbsthilfe-Blattes schon in dieser Zeit auf ein bestimmtes politisches Programm schließen ließen."

Es faellt auf, dass der Verfasser von *„Politische Strukturen und Stroemungen...“* sich dagegen verwahrt, daß "die Selbsthilfe von Anbeginn an eine nationalsozialistische Bewegung gewesen sei, daß also der deutsche Nationalsozialismus ihr politisches Programm und Ziel war. Dabei ist zu fragen, ob nicht die in späteren Jahren eindeutig erkennbare politische Tendenz rückprojiziert wird. Die während der Gründungszeit feststellbaren politischen Schlagworte der Selbsthilfe lassen zwar auf deutschnationale politische Ambitionen schließen, sie sind jedoch zu diffus, um von Anfang an von einer Verbindung zu der gerade im Entstehen befindlichen NS-Bewegung auszugehen." (S.106-107).

Auch Begriffe wie "Zinsknechtschaft" fasst Roth teilnahmslos auf. Ebenfalls blosse Bestandsaufnahme betreibt der Verfasser im Falle der Begegnung des Selbsthilfeführers Fritz Fabritius mit Hiltler (S.107): "Für die legendäre Begegnung Fabritius' mit Hitler, [...] gibt es keinerlei Belege [...] die Möglichkeit der nachträglichen "Konstruktion [...]". Die Botschaft dieser Legende teilt doch etwas mit, sie kann doch nicht einfach ignoriert werden, bloß, weil sie nicht belegt ist. Sie drueckt doch gerade das aus, was Roth erst ab 1932 gelten lassen will: dass die Selbsthilfe samt deren Fuehrer nationalsozialistisch und Hitler-Verherer waren.

So wie Roth der „Selbsthilfe“ trotz gegenteiliger Belege die fruehe nationalsozialistische Ausrichtung und die totalitaere politische Veranlagung abspricht, so bestreitet er im Kapitel „Infragestellung traditionaler politischer Strukturen. "Selbsthilfe" und junge Intellektuelle“ (S.141-164) die politisch-totalitaeren Keime der siebenbg.-saechsischen Jugend- und Studentenbewegung. Auf S. 142 heisst es: "Auch die ueberaus aktiven Gruppen der Jugendbewegung waren noch keineswegs politisiert, die einzelnen Stroemungen in ihrer Orientierung noch sehr unterschiedlich." Doch die siebenbuergisch-saechsische Realitaet sah ganz anders aus. Selbst in der Phase, als es noch verschiedene Jugendorganisationen gab, waren saemtliche in Ansuetzen nationalsozialistisch veranlagt. Denn hier wurden "Kriegsspiele", "Großfahrten", "Sommersonnenwendfeste", Heldengedenken, Sportwettkaempfe, das "echte deutsche Brauchtum" usw. praktiziert (Vgl. Hellmut Klima, *„Aus den Tagebuechern eines siebenbuergischen Studenten aus den Jahren 1930-1945“*, 1999). Auch ist es kein Zufall, dass diese Jugendorganisationen, deren repraesentativste der „Suedostdeutsche Wandervogel“ war, schlieÙlich in der "Selbsthilfe" einmuendeten. Ausserdem flossen die radikalsten nationalsozialistischen Initiativen aus der Richtung des „Wandervogels" in die NSDR bzw. NEDR ein. Die Abspaltung der radikalen DVR (Deutsche Volkspartei Rumaniens) erfolgte ebenfalls aus der Richtung der Jugendbewegten.

In Verbindung mit der Aussage: "Nachdem der Nationalsozialismus in der Selbsthilfebewegung ab 1932 zum Durchbruch gekommen war, [...]" (S.144) ist festzustellen, daß der Maßstab für ideologische bzw. politische Zuweisung überhaupt nicht von dem Zeitpunkt des ersten parteiorganisatorischen Zusammenschlusses bestimmt wird, sondern von der Art der politischen Veranlagung. Die "Selbsthilfe" verfolgte zwar soziale Ziele, diese gründeten aber auf einer totalitaeren ideologischen Ausrichtung. Und die von ihr vertretenen totalitaeren Grundsätze weisen eindeutig in die rechte Ecke des politischen Spektrums.

Es sei noch auf Peter Haslingers Behauptung verwiesen, Roth argumentiere in seiner Schlußfolgerung, „daß eine diskursive Vereinbarkeit zwischen der neuen Ideologie und dem

tradierten Selbstbild der Sachsen bestand, doch nicht in automatischer Weise" (In his conclusion, Roth argues very convincingly that there was a discursive compatibility between the new ideology and the traditional self-image of the Saxons without, however, speaking of any kind of automatism). Roth schreibt eigentlich (S.218): "Da wesentliche Elemente dieser Ideologie Entsprechungen in den sächsischen Traditionen hatten, fiel Fabritius die Propagierung der Bewegung in einer Zeit besonderer Verunsicherung und Unzufriedenheit leicht, er gewann rasch Zulauf. Ethnozentriertheit, ausgeprägtes Gemeinschaftsempfinden, gegenseitige soziale Unterstützung, genossenschaftliche Wirtschaftsformen waren Bestandteile des kollektiven sächsischen Selbstverständnisses und ließen sich gut auf die nationalsozialistische Ideologie übertragen [...]". Besonders stoerend, weil tatsachenwidrig, ist der von Roth angesprochene Uebertragungsweg: Nicht das kollektive Selbstverständnis der Sachsen wurde auf die nationalsozialistische Ideologie übertragen, sondern die nationalsozialistische Ideologie wurde vorbehaltlos importiert und dem lokalen Selbstverstaendnis aufgezwungen.

Abschliessend noch einige Worte zu dem von Roth in diesem Buch geprägten Begriff der „Gefolgschaftsdemokratie“. Daß dieser Begriff suspekt ist, scheint bisher niemandem aufgefallen zu sein, zumal die Nationalsozialisten die einzige politische Richtung der Moderne ist, die über das Führerprinzip und den Führerkult auf das mittelalterliche Gefolgschaftssystem missbraeuchlich zurückgriffen. Der Terminus „Gefolgschaftsdemokratie“ ist ein Widerspruch in sich, weil das auf Treue und bedingungslosem Gehorsam beruhende Gefolgschaftsprinzip zutiefst un- und antidemokratisch ist. Für die siebenbürgisch-sächsischen Verhältnisse ist es vernünftiger den von Peter Blickle geprägten Begriff des Kommunalsimus als Demokratieform gelten zu lassen.

Alle Rechte, auch ©right Klaus Popa